

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

WELTPOLITIK AUS BERLINER SICHT

Wenn man die Weltlage im Frühjahr 1965 vom Berliner Beobachtungspunkt aus betrachtet, so kommt man vorerst zu dem Resümee, daß die beiden Weltsysteme, das kapitalistische und das kommunistische oder die beiden parlamentarisch und diktatorisch regierten Weltteile stärker als je zuvor an einer Krankheit leiden. Es ist die Epidemie eines «Polyzentrismus» oder einer Desintegration in den früher festgefügtten Allianzen. Dieses Jahr der Jubiläen, in dem der 20. Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland und damit des Endes eines blutigen Gemetzels auf den europäischen Kriegsschauplätzen bereits überall, wenn auch unter sehr verschiedenen Vorzeichen und Akzenten, begangen wurde und in dem sich die zehnte Wiederkehr der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sowie ein Dezennium seit der Gründung des Warschauer Paktes, jenes militärisch-strategischen Machtinstrumentes zur Beherrschung von halb Europa durch Moskau jährte, bietet Gelegenheit, die Schwächen in den verschiedenartigen Bündnissen zu entdecken. Generell gesehen kommt dieses Malaise, das vor allem die führenden Atommächte, die USA und die Sowjetunion, bei allen tiefgravierenden Unterschieden, denen sie ihre Dominanz in den beiden Teilen der Welt verdanken, zu spüren haben, im machtpolitischen Anspruch solcher Partner wie Frankreich in der westlichen Allianz und China im östlichen Bündnis zum Vorschein. Aber im zweiten Glied marschieren kleinere Staaten, die sich um die neuen Konstellationen scharen und die bisherige Subordinatheit kündigen oder lockern wollen.

Sowohl die Londoner Tagung der SEATO wie auch die ebenfalls an der Themse abgehaltene Frühjahrskonferenz des Ministerrates der NATO haben vor den Augen der Welt demonstriert, daß die westlichen Paktsysteme nicht mehr die alte Stabilität verkörpern. Auch hier macht sich der

Bazillus des Polyzentrismus bemerkbar. Frankreich hat dem südostasiatischen Pakt bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres, anlässlich der Tagung in Manila, jede weitere aktive Unterstützung versagt; diesmal ist aber de Gaulle noch einen Schritt weiter gegangen und hat eine Intransigenz an den Tag gelegt, die einem Boykott der SEATO gleichkommt. Aber auch Pakistan, das bisher eine einzige originäre asiatische Kraft in dieser Allianz bildete, präsentierte sich infolge der Annäherung an Peking und wegen der neuen Streitigkeiten mit Indien als ein Außenseiter.

Daran gemessen ist die Londoner NATO-Konferenz Mitte Mai harmonischer verlaufen. Aber auch sie stand eindeutig unter dem Zeichen der atmosphärischen Wandlungen, die diesen Eckpfeiler der westlichen Macht und Widerstandskraft schon seit langem kennzeichnen. Es zeigte sich nämlich, daß die partikularen Interessen der meisten Partner dieses Bündnisses gegenüber den gemeinsamen Aufgaben überhandgenommen haben. Zwar hat das Hauptsorgenkind der NATO, Frankreich, keinerlei Postulate auf die strukturellen Änderungen der Allianz gestellt, aber das hing wohl in erster Linie damit zusammen, daß die alljährlichen Frühjahrssessionen des Ministerrates gewöhnlich nur eine politische Bestandesaufnahme über die Weltlage machen und sich mit den organisatorischen Fragen nicht befassen.

Auseinandersetzungen um Deutschland

Das Malaise im westlichen Bündnis ist weitgehend vor allem dadurch gekennzeichnet, daß in letzter Zeit die frühere Solidarität im Viereck Washington-London-Paris-Bonn nicht mehr eingehalten wird. Gerade im Frühjahr 1965 haben sich tiefe Risse in diesem Hauptgebäude der Verteidigungskraft des Westens gezeigt, die vor allem durch Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den USA und zwischen Paris und

Bonn verursacht sind. De Gaulles Ideen von der Europäisierung der deutschen Frage, gepaart mit einem politischen Flirt mit der Sowjetunion, haben auf die deutsche Politik wie eine kalte Dusche gewirkt. Der offizielle Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko von Ende April in der französischen Hauptstadt hat sich auf das deutsch-französische Verhältnis negativ ausgewirkt. In allen deutschen Parteien herrscht ein tiefes Unbehagen darüber, daß manche sowjetische Behauptungen, zwischen Frankreich und der Sowjetunion herrsche eine Übereinstimmung in der Frage der künftigen Grenzen Deutschlands und in bezug auf den militärischen Status, das heißt des deutschen Staates, und zwar in dem Sinne, daß den Deutschen unter keinen Umständen der Zugang zu den atomaren Waffen gestattet werden dürfte, von amtlicher französischer Stelle nicht widerlegt wurden. Auch ist Bonn darüber — verständlicherweise — beunruhigt, daß die französische Regierung künftig regelmäßig Konsultationen mit der sowjetischen Regierung pflegen will, was nach Meinung der Deutschen dem Geist und dem Buchstaben der freundschaftlichen Vereinbarungen zwischen Bonn und Paris nicht ganz entspricht.

Irritierend hat sich auf die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen auch der Umstand ausgewirkt, daß General de Gaulle es versäumt hatte, im Unterschied zu Johnson und Wilson, der deutschen Regierung zum zehnten Jahrestag der Souveränität der Bundesrepublik zu gratulieren. Auch die Art, wie die französische Siegesfeier zum 20. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands in Paris aufgezogen wurde, wobei eine repräsentative Delegation der sowjetischen Generalität zugegen war, hat in der Öffentlichkeit Deutschlands eher ein schlechtes als ein gutes Echo gefunden. Besonders gravierend aber hat sich der französische Standpunkt ausgewirkt, den die Diplomaten de Gaulles im Botschafter-Lenkungs-Ausschuß in Washington hinsichtlich der Abgabe einer Deutschlanderklärung mit der darin klar umrissenen Verantwortung der vier Mächte für die Regelung des deutschen Problems eingenommen hatten. Das deprimierende Hin und Her um die Abfassung einer solchen Erklä-

rung hat den deutsch-französischen Beziehungen einen spürbaren Schaden zugefügt. Man hat den günstigen Zeitpunkt zur Veröffentlichung eines solchen Dokumentes, nämlich zum Jahrestag der Kapitulation Hitler-Deutschlands, versäumt und die Nervosität in den politischen Kreisen der Bundesrepublik darüber nur verschärft. Nutznießer davon sind die Kommunisten, und zwar sowohl das Ulbrichtregime wie auch die sowjetischen Protektoren dieses Staatsgebildes, das sich Deutsche Demokratische Republik nennt und am 8. Mai eine überlaute Demonstration in Ostberlin veranstaltet hat. Die Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten, die infolge der intransigenten Haltung Frankreichs verursacht wurden, haben dazu beigetragen, daß Ulbricht sich stärker als je zuvor fühlt, und er hat dieses Selbstbewußtsein an dem erwähnten Jubiläumstag offen zur Schau getragen. Unterstützt durch die Sowjetunion ist Ulbricht nunmehr zu einer Offensive übergegangen und nimmt in allen Fragen, die sich auf eine vernünftige Regelung der Spaltung Deutschlands beziehen, einen Standpunkt ein, der für Bonn und den Westberliner Senat unannehmbar ist, weil darin die staatsrechtlichen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin gefährdet werden. Manche Akzente, die in diesem Frühjahr von der Ostberliner Seite laut wurden, lassen darauf schließen, daß das ostdeutsche Regime nicht mehr an der von Willy Brandt kreierte Politik der «kleinen Schritte» interessiert ist und sogar solche humanen Aktionen wie etwa das Passierscheinabkommen, auf Grund dessen die Westberliner ihre Verwandten in Ostberlin besuchen könnten, künftig nicht mehr in vollem Umfange von der ostdeutschen Seite eingehalten werden. Darüber hinaus wollen die Sowjets die Kontakte mit de Gaulle dazu ausnutzen, um ihn von der bisherigen loyalen Haltung zur Frage der Spaltung der deutschen Nation abzudrängen und stattdessen ihm eine Umorientierung schmackhaft zu machen. Vorerst sieht dieses Agieren der Sowjetregierung wie auch das Anbieten, das Ulbricht gegenüber dem französischen Staatspräsidenten in letzter Zeit ständig an den Tag legt, nicht gefährlich

aus, aber sollte sich das Verhältnis zwischen Bonn und Paris noch mehr verschlechtern, so könnten eines Tages Komplikationen entstehen, die das Ausmaß des bereits vorhandenen Malaises in Mitteleuropa nur vergrößern würden.

Aufwertung des ostdeutschen Regimes

Am Rande der Festlichkeiten, die in Ostberlin, Moskau, Prag und in anderen Hauptstädten des Ostblocks zum Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands veranstaltet wurden, hat sich ein bemerkenswerter Zug in der sowjetischen Politik gezeigt. Es handelt sich um ein Manöver der sowjetischen Diplomatie, der Sowjetzone zu Hilfe zu kommen, damit sie künftig nicht isoliert auf der Strecke bleibt. Damit ist vor allem der Druck gemeint, den Moskau natürlich zusammen mit Pankow auf die osteuropäischen Länder ausübt, sich nicht auf Kosten der Sowjetzone mit Bonn zu verständigen. In Rumänien kann die sowjetische Diplomatie mit solchen Vorbehalten wenig erreichen, aber in anderen Staaten sieht das anders aus. Das Gomulka-Regime in Polen ist eifrig dabei, Ulbricht jede erdenkliche Hilfe zu gewähren, und die Kontakte zwischen Warschau und Bonn sowie zwischen den polnischen und westlichen Wirtschaftlern, wissenschaftlichen und kulturellen Kreisen sind auf einen Nullpunkt gesunken. Sogar das noch vor einigen Wochen von Polen mit Begeisterung aufgenommene Projekt der Firma Krupp, eine Koproduktion aufzunehmen, um der polnischen Wirtschaft bei der drohenden Arbeitslosigkeit zu helfen, wird in jüngster Zeit von den Warschauer Stellen nicht mehr erwogen. Auch die Tschechoslowakei hat sich dem Diktat Moskaus und dem Druck Ostberlins offenbar gebeugt, denn die Verhandlungen, die zwischen Prag und Bonn über den Austausch von Handelsmissionen geführt wurden, sind inzwischen unterbrochen worden und, so wie die Dinge zur Zeit liegen, besteht keine Aussicht, daß sie in absehbarer Zeit in ein neues, günstigeres Stadium geraten könnten.

In einem Punkt ist allerdings die Politik Moskaus vorsichtig geworden, und Ulbricht

sowie Konsorten müssen sich dieser Lage anpassen. Das bezieht sich auf das Bremsen jeglicher Anschläge auf den Status Westberlins und auf den Verbleib der westlichen Alliierten in dieser Stadt. Die Forderung nach der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freistadt ist von Breschnew und Kossygin völlig fallen gelassen worden, und das ist auch anläßlich des 20. Jahrestags der Kapitulation Deutschlands in allen Reden, ungeachtet der drastischen Militärparaden, offenkundig geworden.

Allerdings muß die Sowjetunion infolge des Zerfalls im östlichen kommunistischen Bündnissystem ständig damit rechnen, daß sie von den chinesischen Kommunisten beschuldigt wird, in der Berlinfrage eine Kapitulationspolitik zu vertreten. Daß die Chinesen so etwas im Schilde führen, wurde bei den Festlichkeiten anläßlich der Siegesfeiern sowohl in Ostberlin wie auch in Peking demonstrativ von verschiedenen chinesischen Rednern betont. Gäste aus Peking, die den Ostberliner Feierlichkeiten beiwohnten, haben ungeschminkt auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und auf die Veränderung des Status von Westberlin gepocht. Das gleiche haben die chinesischen Politiker gesagt, die bei den Pekingern Feiern das Wort ergriffen. Natürlich werden die Sowjets in der heutigen Lage solche Anschuldigungen ignorieren, aber ein gewisser Einfluß kommt solchen Stimmen doch zu. Das hängt damit zusammen, daß Moskau nach wie vor an einer Verständigung mit China lebhaft interessiert ist und Konzessionen machen muß, ohne die keine Aussicht besteht, daß der Konflikt behoben werden könnte. Den ostdeutschen Kommunisten von der Ulbrichtgruppe kommt solcher Ruf aus Peking nicht ganz ungelegen, denn sie können damit immer wieder die sowjetischen Protektoren erpressen und mindestens die Erlaubnis für die Wiederholung solcher Schikanen erhalten, wie sie anfangs April auf den Verkehrswegen von und nach Westberlin sowohl von der ostdeutschen wie auch von der sowjetischen Seite vorexerziert wurden.

Alexander Korab

Das von der *Paulus-Gesellschaft* vom 29. 4. bis 2. 5. 1965 in Salzburg veranstaltete Kolloquium *Christentum und Marxismus heute* wurde von einem Teilnehmer nicht als Dialog, sondern als Beginn eines Gesprächs definiert. Der Tagungspräsident, Professor Dr. Hans Schäfer, fand vielleicht die zutreffendere Bezeichnung: Es war eine Konfrontation, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Gesprächs, vielleicht auch nur einer gemeinsamen Terminologie, abzutasten. Unter diesem Gesichtspunkte läßt sich der unverhohlene Ärger der Veranstalter über die ihnen aufgezwungene Publizität verstehen.

Die Presse wollte unter anderem wissen, welche Gäste aus den kommunistischen Ländern eingeladen waren, welche der Einladung Folge leisteten, beziehungsweise sie nicht annehmen durften. Die Frage war nicht umsonst gestellt. Wie Dr. Kellner, der Sekretär der Paulus-Gesellschaft, mitteilte, konnten die Rumänen nicht kommen, weil die Einladung zu spät eingetroffen war. Aus Budapest und Prag lagen Zusagen vor, doch durfte von den vier eingeladenen Ungarn und den fünf Tschechoslowaken keiner kommen. Professor Lukács telegraphierte: «Die Arbeit der Gesellschaft interessiert mich sehr. Halte diesen Dialog für sehr wichtig und wesentlich.» In Polen war Professor Schaff gebeten worden, mit einigen Kollegen zu kommen. Er telegraphierte: «Leider konnte Behörden nicht überzeugen.» Auch die von der polnischen Botschaft in Wien gemeldeten Pax-Leute blieben aus. Ebenso wenig erschienen die eingeladenen Jugoslawen und Bulgaren. Vom Präsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften ist keine Antwort eingegangen.

Herr Dr. Kellner bat die Teilnehmer, die Wirklichkeit des Tages mit ihren Mauern und Grenzen zu vergessen, um das (unpolitische) Gespräch von Mensch zu Mensch «ohne die Sachprobleme, die zwischen uns stehen», in Gang zu bringen.

Das Gespräch kreiste um die Kernfrage, ob der von Marx postulierte totale Mensch durch die Religion — als zum Überbau zu zählender Faktor der Entfremdung — in

Frage gestellt werde und, falls dies verneint werden kann, ob der Marxismus bereit wäre, der Religion den ihr gebührenden Lebensraum auszusparen.

Die Marxisten waren in drei Fronten angetreten, wobei es dem Zuhörer überlassen blieb, im Hintergrund einen gemeinsamen Manöverleiter zu suchen oder den einzelnen Gruppen und deren Exponenten selbständige Initiativen oder gar eine Fronde zuzutrauen.

Während die französische KP eher den traditionellen Marxismus dozierte, bekannten sich die italienischen Genossen entschieden zum «Aggiornamento». Der Standpunkt der Referenten aus den Satellitenstaaten und der Sowjetzone wirkte uneinheitlich und wenig überzeugend.

Professor Dr. Karl Rahner unternahm es, die Perspektiven des marxistischen Entwurfs einer innerweltlichen Zukunft ins Unendliche auszuziehen. «Das Christentum betrachtet die rationale, aktiv planende Konstruktion der innerweltlichen Zukunft, die möglichste Befreiung des Menschen von der Herrschaft der Natur, die fortschreitende Sozialisierung der Menschen zur Erreichung eines möglichst großen Freiheitsraumes für jeden als eine mit dem gottgewollten Wesen des Menschen gegebene Aufgabe. An dieser vollzieht er seine eigentlich religiöse Aufgabe, die glaubend-hoffende Offenheit der Freiheit für die absolute Zukunft.» Der absolute Wert jedes Menschen ist allein durch die absolute Zukunft jedes Menschen gegeben; sie gibt der innerweltlichen Zukunftssorge in der Erzielung einer möglichst vollkommenen Gesellschaftsordnung ihre feste und tiefste Begründung.

Auf dem Hintergrund des ausbeuterischen Kapitalismus (unter dessen Herrschaft heute noch täglich Descartes und Beethoven gemordet würden, weil das entrechtete und ausgebeutete Proletariat von der höheren Schulung und damit vom jahrtausendalten kulturellen Erbe der Menschheit ausgeschlossen bleibe) entwarf Professor Roger Garaudy, Direktor des Marxistischen Studien- und Forschungszentrums in Paris, Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros

der KPF, das Bild des in der klassenlosen Gesellschaft frei werdenden totalen Menschen, der sich in der Arbeit selbst erzeugt und seine Geschichte selbst fabriziert. Insofern die Religion einen Ersatz dieser Totalität anbietet, müssen die Marxisten sie als steril und entwürdigend zurückweisen.

Hingegen sind sich die Marxisten bewußt, daß das Christentum zum ersten Mal die Verheißung einer einwerdenden Menschheit brachte, zum ersten Mal eine uneingeschränkte menschliche Gemeinschaft, eine Totalität, die alle Totalitäten einschließt, anvisierte. Damit ist das Christentum, obwohl es eine Religion der Sklaven blieb, zu einem revolutionären Ferment geworden.

Die berühmte Formel «Die Religion ist das Opium für das Volk» müsse in ihrem historischen und geographischen Zusammenhang gesehen werden.

Da der Marxist die Vorstellung eines «jenseitigen» Gottes zurückweist, verbleibe jedoch eine unüberbrückbare Kluft, es sei denn, die Christen entdeckten in vermehrtem Maße die «Dimensionen dieser Erde». Sie hätten, konkret ausgedrückt, die Klassen- und sozialen Unterschiede nicht mehr als von Gott gewollt hinzunehmen, noch das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Garantie für die Freiheit der Person zu betrachten; statt sie zu verdammern, hätten sie den Sozialismus und Kommunismus als dem Kapitalismus überlegene Organisationen der menschlichen Beziehungen zu akzeptieren; sie dürften die Liebe zum Leben und das Streben nach Wissen und Glück nicht mehr als Fleischeslust und Hoffart des Lebens verdächtigen.

In deutlichem Abstand zu den französischen Genossen distanzierte sich Professor Dr. Cesare Luporini im Namen der italienischen KP von «gewissen Modellen». Er bekannte sich offen zu einer pluralistischen Gesellschaft, die auch für die Kommunisten notwendig sei. Die Kirche dürfe aber nicht die kapitalistische Gesellschaft wieder herstellen wollen, vielmehr soll sie die Katholiken für den Aufbau des Sozialismus erzie-

hen. Professor Dr. Lucio Lombardo Radice, Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der KPI, ging so weit, den Pluralismus als inneres Bedürfnis des Marxismus zu bezeichnen. Dahinter stecke keinerlei Taktik. Das revolutionäre Proletariat müsse aus der vorangehenden bürgerlichen Gesellschaft gewisse Freiheitsideen und Prinzipien als Erbe übernehmen, der Marxismus sich «mit Hilfe anderer, in ihrer Weise auch einseitiger, doch gewissermaßen für ihn komplementärer Wahrheiten» vervollständigen und entwickeln. Allerdings dürfe der Pluralismus nicht wie im Kapitalismus als Gleichgewicht fremder und «unvermischbarer» politischer und ideologischer Gruppen verstanden werden. Der dialogische und dialektische Pluralismus setze voraus, daß die Trennung der Gesellschaft in entgegengesetzte Klassen aufgehoben, die kapitalistische von der sozialistischen Gesellschaft abgelöst werde.

Die Konfrontation der christlichen und marxistischen Standorte hinterließ den Eindruck, die Frage nach der ideologischen Fundierung des Marxschen Atheismus werde von den Marxisten entweder absichtlich vernebelt oder bagatellisiert. Was für die kommunistische Praxis als unabdingbares Angebinde blieb, sollte genügen, um auf christlicher Seite gewisse Illusionen (die bei den maßgeblichen christlichen Gesprächspartnern von Salzburg nicht geteilt werden) zu zerstören. Man braucht den marxistischen Referenten deshalb keine schlechten Absichten zu unterstellen: sogar die Befürworter eines kommunistischen Pluralismus ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß von einer pluralistischen Gesellschaft im Sinne der westlichen Welt keine Rede sein kann und der dem ideologischen Gegner eingeräumte Spielraum nur heißen kann, daß er parallel zum Marxisten an der kommunistischen Deichsel mitzuziehen die Chance hätte. Soviel war am Schlusse der Tagung wohl jedem nicht marxistischen Teilnehmer klar geworden.

Albert Münt

Ende der Nachkriegszeit?

Am 8. Mai jährte sich zum zwanzigsten Male der Tag, an dem das nationalsozialistische Deutschland kapitulierte und ein Krieg sein Ende gefunden hatte, den vermutlich künftige Historiker als eine entscheidende Zäsur zumindest der europäischen Geschichte bezeichnen werden. Das europäische Staatensystem brach dabei endgültig zusammen; weite Teile Europas gerieten im Gefolge der Abenteuer Adolf Hitlers unter die Herrschaft des totalitären Kommunismus; vor allem aber wurde aus der europazentrischen Weltpolitik des 19. Jahrhunderts ein Kraftfeld, dessen Pole nicht mehr in den europäischen Hauptstädten, sondern in Washington und Moskau liegen sollten.

Die Nachkriegszeit stand im Zeichen der mühseligen Bewältigung einer ungeheuren Konkursmasse. Und wenn man die heutige Lage genauer betrachtet, so kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Welt noch weitere Jahre und Jahrzehnte damit beschäftigt sein wird, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Probleme, Konflikte und Krisen zu überwinden. In diesem Sinne ist das Ende der Nachkriegszeit, von dem im «Allgemeinen Überblick» die Rede ist, den der Bundesrat dem Geschäftsbericht für 1964 im Sinne einer schweizerischen «State of the Union»-Botschaft vorangestellt hat, ganz gewiß noch nicht angebrochen.

Anders mag es mit dem Zeitbewußtsein bestellt sein. In unserem Kleinstaat jedenfalls hat sich die Atmosphäre in mancher Hinsicht so sehr geändert, daß man tatsächlich geneigt ist, vom Abschluß der Nachkriegszeit zu sprechen. Das hängt nicht nur mit dem Heranwachsen einer Generation zusammen, für welche Krieg, Grenzbesetzung und nationalsozialistische Bedrohung nicht mehr eigenes Erlebnis, sondern bereits Geschichte ist, die andererseits noch nicht so «geschichtsreif» ist, daß sie fest in den Unterricht und damit in die geschichtliche Bewußtseinsbildung einbezogen wäre.

Es ist vielmehr so, daß sich die Umwelt und mit ihr auch unsere Verhältnisse in verschiedenen Belangen doch wesentlich gewandelt haben. Unsere völkerrechtliche Stellung mußte nach dem Zusammenbruch des europäischen Staatensystems und angesichts der Integrationsbestrebungen neu überdacht werden. Zwar änderte sich dabei nichts an unserer formalen Neutralitätsdoktrin. Doch kann nicht übersehen werden, daß auch sie einem folgerichtigen Prozeß der Anpassung und zeitgemäßen Nuancierung unterzogen worden ist. Der neuen Formel «Neutralität und Solidarität» wurde ein konkreter politischer Gehalt gegeben. Dabei ist allerdings mit Nachdruck daran zu erinnern, daß die schweizerische Neutralität ihrer Idee nach immer weltoffen konzipiert war. Die «Réduit»-Stellung der dreißiger und vierziger Jahre, die nicht nur militärischer, sondern auch geistiger Art war, stellte die unvermeidliche Reaktion gegen eine lebensgefährliche totalitäre Nachbarschaft dar. Und wenn diese Haltung bis in unsere Tage ausstrahlt, so hängt dies damit zusammen, daß unser Volk nach den schlimmen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus eben auf totalitäre Töne nach wie vor besonders hellhörig reagiert und die Dimensionen der kommunistischen Gefahr deshalb offenbar klarer registriert als andere westliche Völker.

Intensivierte Außenpolitik

Für einen Kleinstaat steht — besonders wenn er wie der unsere neutral ist — die Außenpolitik naturgemäß etwas im Schatten der Innenpolitik. Der außenpolitische Spielraum war von jeher gering. Es gibt keine «Einflusssphären» zu verteidigen oder zu erobern. Es gibt auch keine machtpolitische Präsenz in andern Teilen des Kontinents oder gar der Welt. Die Außenpolitik ist auf eine bloße Interessenwahrung im völkerrechtlichen, wirtschaftlichen und geistigen Sinn beschränkt, die denn auch während Jahrzehnten kaum je zu internen parteipolitischen Auseinandersetzungen Anlaß bot. Sie blieb

praktisch dem Bundesrat zu treuen Händen überlassen, und die Parlamentarier, die sich darum kümmerten, ließen sich an den Fingern abzählen.

Gerade in dieser Hinsicht aber kommt der angedeutete Wandel besonders stark zum Ausdruck. Es kommt nicht von ungefähr, daß im zitierten Überblick des Bundesrates von den elfeinhalb Seiten nicht weniger als fünf der Außenpolitik gewidmet sind. Die darin erwähnte, durch die Dynamisierung und Verflechtung der weltpolitischen Verhältnisse bedingte «Notwendigkeit ständiger Anpassung der Mittel an die sich wandelnde Weltsituation» ist auch nicht mehr nur Sache des Bundesrates. Es brauchte zwar seine Zeit, bis Öffentlichkeit und Parlament sich auf die neue Sichtweise eingestellt hatten. Inzwischen aber haben große außenpolitische Debatten in der Bundesversammlung bereits ihren festen Platz erhalten. Dabei zeigten die Verhandlungen dieses Winters, daß sich das außenpolitische Gespräch keineswegs auf die formale Integration, ihren Stand und ihre Aussichten beschränkt. Man wird sich darauf einrichten müssen, daß Probleme wie das Einwanderungsabkommen mit Italien in Zukunft keine Sonderfälle mehr darstellen werden.

Von der Hochkonjunktur zur Strukturkrise?

Auch in bezug auf die innere Entwicklung des Landes hat sich, um beim Begriff «Ende der Nachkriegszeit» zu bleiben, in den letzten Jahren in verschiedener Hinsicht so etwas wie eine Zäsur abgezeichnet. Nach dem Krieg stand die Welt unter dem Eindruck des europäischen Wiederaufbaus im wahren Sinn des Wortes. Die Trümmerstätten wurden abgeräumt, die darniederliegende Wirtschaft mußte wieder angekurbelt werden. Auch in unserem unzerstörten Land machte sich nach den mageren Krisen- und Kriegsjahren ein starker Nachholbedarf bemerkbar. So kam es, daß Volk und Wirtschaft tüchtig an der allgemeinen Nachkriegskonjunktur partizipierten, ohne zunächst allzu viele Gedanken an die weitere Zukunft zu verschwenden.

Seit kurzem ist diese sausende Fahrt auf den immer höher schlagenden Wellen einer letzten Endes überbordenden Hochkonjunktur nun auch im Bewußtsein der breitesten Öffentlichkeit in eine Phase gelangt, die keine rechte Freude am allgemeinen Boom mehr aufkommen läßt. Die Überfremdung ist zum bedrohlichen Faktum geworden. Auch läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß die Konjunktur gewisse Mängel und Rückständigkeits des produktiven Sektors allzu lange künstlich überdeckt hat. Vor allem aber ist der verständliche private Nachholbedarf der unmittelbaren Nachkriegszeit nun durch einen solchen der öffentlichen Hand und vor allem der sogenannten Infrastruktur abgelöst worden, dessen finanzielle Auswirkungen geradezu gigantische Dimensionen annehmen. Nationalstraßen, Gewässerschutz, Ausbau unserer Hoch- und Mittelschulen sind lediglich die spektakulärsten unter den unausweichlichen Aufgaben von Gegenwart und Zukunft. Dazu kommen zum Beispiel Spitalbauten, deren Finanzbedarf in einzelnen Kantonen allein in die Hunderte von Millionen geht.

Übergang zur langfristigen Planung?

Diese Entwicklung hat bereits ihren Niederschlag in den Jahresabschlüssen der meisten Kantone und Gemeinden gefunden. Anfangs 1965 häuften sich die Meldungen über unerwartet defizitäre Jahresrechnungen, und vielenorts sind Steuererhöhungen erwogen oder gar beschlossen worden. Demgegenüber hat der Bundeshaushalt oberflächlich betrachtet mit einem rekordmäßigen Reinertrag von mehr als einer halben Milliarde abgeschlossen. Doch die Zahlen täuschen. Der scheinbar günstige Abschluß ist rein buchhalterisch bedingt. In Tat und Wahrheit sind die Aktivierung von höheren Vorschüssen an den Nationalstraßenbau einerseits und die Einstellung oder Auflösung von Rückstellungen andererseits der Grund für das «Finanzwunder», das in Wirklichkeit eine optische Täuschung ersten Ranges darstellt. Eine genaue Analyse führt auch hier zum Ergebnis, daß

die schönen Tage der Aktivüberschüsse der öffentlichen Hand offenbar endgültig gezählt sind.

Das hat — zusammen mit der Aktivierung der Konjunkturpolitik und der Notwendigkeit eines «Anschlußprogramms» — in letzter Zeit den Ruf nach langfristiger Finanzplanung lauter werden lassen. So hat der Bundesrat Ende April mit den Kantonsregierungen eine Konferenz abgehalten, um zu prüfen, ob nicht mehrjährige Perioden des öffentlichen Finanzhaushalts einzuführen seien. Auf diese Weise, so wurde argumentiert, wäre es leichter, öffentliche Aufgaben und Finanzierung aufeinander abzustimmen und damit der Erstellung von Prioritätslisten unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten Vorschub zu leisten.

So bestechend die Idee auf den ersten Blick ist, so schwierig ist ihre Realisierung. Die Errichtung einer zentralen Planungsinstanz widerspricht allen unseren staatspolitischen Grundsätzen und Traditionen so sehr, daß darüber gar nicht ernsthaft diskutiert werden kann. Andererseits ist eine gewisse Koordination der Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden unerlässlich, wenn ein Mindestmaß von Planung überhaupt realisiert werden soll. Der Bundesrat hat deshalb den Vorschlag gemacht, ein permanentes Koordinationsorgan zwischen Bund und Kantonen zu schaffen. Die Kantone ihrerseits sind offenbar mehrheitlich bereit, die Angelegenheit ernsthaft zu prüfen. Auch diesem bescheidenen Minimalprogramm stellen sich indessen nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten in den Weg. Neben den rein technischen Problemen bleibt zu bedenken, daß jedes in Einzelheiten gehende langfristige Programmpräjudizierende Wirkung hat. Es geht ein gewisser Zwang davon aus. Mit andern Worten ist also darauf zu achten, daß auch die langfristige Finanzplanung elastisch bleibt. Sie darf nicht den Charakter eines starren Fahrplans annehmen, sondern muß eher die Funktion einer Arbeitshypothese ausüben. Nur so ist es übrigens auch mög-

lich, die Kontrollfunktion des Parlaments auf diesem Gebiete weiterhin sicherzustellen.

Staatsstruktur und politische Programmierung

Damit sind Probleme berührt, die sich auch im Zusammenhang mit dem eingangs erwähnten Versuch einer «State of the Union»-Botschaft des Bundesrates stellen. Er hat bekanntlich verschiedene Zensuren erhalten. Während die politische Presse fast durchgehend Prädikate wie «Befriedigend» oder «Guter Anfang» verwendete, waren andernorts deutliche Töne der Enttäuschung zu vernehmen. Sie erklären sich daraus, daß in diesen Kreisen nicht nur eine konzise Bestandesaufnahme, sondern ein «großer Entwurf» etwa im Stile der amerikanischen Präsidialbotschaften erwartet wurde.

Doch damit wurde der Bundesrat ganz einfach überfordert. Wir haben kein Präsidialregime, sondern ein Kollegialsystem. Die konkrete «Programmierung» der Regierungspolitik im einzelnen liegt bei den Departementsvorstehern und nicht bei einem Staatspräsidenten oder Regierungschef. Auch kommt dem Bundesrat im Rahmen unserer föderalistischen Struktur weniger eine führende als vielmehr eine koordinierende Rolle zu, ganz abgesehen davon, daß in unserer Referendumsdemokratie eine eigentliche Programmierung unter Ausschluß von Volk und Parlament völlig undenkbar ist.

Die «Maximalisten» der politischen Programmierung können hierzulande also kaum je voll befriedigt werden. Bei sachlicher Beurteilung wird man aber im Sinne einer Zwischenbilanz der Nachkriegszeit feststellen dürfen, daß zwar mancher Rückstand aufzuholen bleibt, daß aber Regierung und Öffentlichkeit doch mit großem Ernst darum bemüht sind, auf der Höhe der Zeit zu bleiben und unsere Einrichtungen in angemessener Form weiterzuentwickeln und neuen Erfordernissen sinnvoll anzupassen. Die Diskussion als die Grundlage einer lebendigen Demokratie ist jedenfalls im Gang.

Spectator

«Mit dem ‚katholischen Bildungsdefizit‘ meinen wir einen Mangelzustand auf dem Gebiete der Schulung und Bildung und des Geisteslebens insgesamt, an dem der katholische Bevölkerungsteil der Schweiz krankt. Vorab einen *quantitativen*, meßbaren Mangel und sodann einen nicht minder schmerzlichen im *qualitativen* Sinn.» So umschreibt die Redaktion der «Civitas» diesen beinahe zu einem Schlagwort gewordenen Begriff¹. Damit ist aber, so betont die Einleitung zu dieser Umfrage, nicht «der Herstellung eines mathematisch ausgeglichenen Konfessionsproporz» das Wort geredet. Für konfessionelle Rivalität ist hier kein Raum». Das Heft will sachbezogen den Gründen des Bildungsrückstandes nachgehen und hofft, daß eine Arbeitsgemeinschaft die zur Diskussion gestellten Fragen prüfe und auswerte.

Beinahe gleichzeitig erschien in Deutschland ein Buch, das dem gleichen Gegenstand gewidmet ist². Der Verfasser bejaht die Frage nach der Opportunität eines solchen Unternehmens mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, der Öffentlichkeit den Tatbestand einer gewissen katholischen Bildungsinferiorität ins Bewußtsein zu rufen. Ähnliche Motive mögen bei der «Civitas» ausschlaggebend gewesen sein, als sie siebenzig Persönlichkeiten katholischer Konfession drei Fragen vorlegte: nach dem Faktum, den Ursachen und den Möglichkeiten zur Behebung dieses Bildungsrückstandes. Überraschend und ermutigend ist die weitgehende Übereinstimmung zwischen der Schrift Erlinghagens und den Umfrageergebnissen der «Civitas» in bezug auf die Ursachen: der Kern des ganzen Fragenkomplexes liegt letztlich im *katholischen Selbstverständnis*, das sich einen zunehmend selbstkritischeren Maßstab anzulegen beginnt. Allein in diesem geistigen Vorgang — so scheint mir — liegen Sinn und Berechtigung der Fragestellung, die das spezifisch katholische Mißtrauen gegenüber der modernen Bildung und ihrer Träger zu lokalisieren versucht. Die Befreiung aus der Isolation einer weltfremden und -feindlichen Haltung, aus den trotzigsten Ba-

stionen kulturkämpferischer Vorurteile und Ressentiments des 19. Jahrhunderts und aus der Bescheidung eines falsch verstandenen Bildungsminimalismus wird ausgesprochen oder unausgesprochen in beinahe allen Beiträgen als eigentliches Ziel bezeichnet. Dr. Rudolf Zihlmann faßt diesen Tatbestand in seinem «gesellschaftskritischen Stenogramm» prägnant zusammen: «Die beklagte katholische Untervertretung ist die natürliche Folge einer ängstlich gehüteten Übervertretung bestimmter Dominanten im katholischen Daseins-Stil. Mit dem Glauben an sich haben diese Dominanten nichts zu tun, wohl aber mit dem psychosozialen Tatbestand, den man etwas handfest als das *katholische System* bezeichnen kann.» Damit ist das Stichwort gefallen: die sekundäre Konfessionalisierung des Alltags, der kontinuierliche Appell an den «Schulterschußkatholizismus» von der Zeitung über die Vereine bis zur Politik. Dieses scheinbar sanktionierte und objektivierte System macht «den Einzelnen, der etwas Besonderes zu sagen hätte, insofern mutlos und befangen, als es ihn nötigt, das unvertauschbare Eigene, das er zu tun oder zu sagen hätte, immer auch auf seine Konkordanz mit diesem System hin zu überprüfen. Seine persönliche Sendung (durchaus kirchlich verstanden) hat faktisch immer noch das Imprimatur des ‚Katholizismus‘ einzuholen, um als voll katholisch zu gelten».

Dieser Zustand leistet überdies der ebenso trügerischen wie gefährlichen Identifikation von Kirche und gesellschaftlich-politischen Gruppierungen Vorschub, von zwei Größen also, die im Balancesystem unserer Gesellschaft völlig inkomensurabel sind. Wer die Kirche nicht mehr als monolithischen Block uniformer Ideen, Ordnungen und Gesetze lebt und erlebt, sondern ihren Weg als Suchender mitgeht, kann daher niemals einem scheinbar objektivierten Katholizismus in seinen gesellschafts- und kulturpolitischen Ausformungen bedingungslos folgen. Kardinal Frings charakterisierte dies am Vaticanum II in seiner am 26. Oktober 1964 schriftlich eingereichten Rede folgen-

dermaßen: «In weltlichen Dingen gleichsam kirchliche Interessen zu erstreben ist also nicht der Leitgedanke christlichen Handelns, sondern inmitten der Menschen, die oft nur auf ihren Vorteil und ihre Gruppeninteressen bedacht sind, ehrlich das zu tun, was für das Wohl aller Menschen, ohne Unterschied, *die Sache erfordert*, das ist wirklich christlich.»

Der Weg führt also aus der überinstitutionalisierten Gläubigkeit durch ein Dickicht von Vorurteilen im Denken und Handeln zu unvoreingenommenen Fragestellungen und sachbezogenen Gesprächen. Das ist nicht so selbstverständlich, wie es hier den Anschein erwecken könnte: lange genug konservierte die Sprache des schweizerischen Katholizismus Formeln einer beinahe pruden Weltverachtung, die ihre Schuld am Mißtrauen gegenüber intellektueller Arbeit mitträgt.

Liegen nun diese Erörterungen nicht etwas abseits der Fragestellung nach dem katholischen Bildungsdefizit? Keineswegs! — Der Sinn kann ja nur darin liegen, den «Wandel durch einen neuen Geist» sichtbar zu machen und zu zeigen, daß diese Frage nur unter dieser einen Voraussetzung angegangen werden kann: der geistigen Umorientierung. Das ist die eigentliche zentrale Forderung, die Erlinghagen ebenso wie die Teilnehmer der Umfrage der «Civitas» erheben. Es werden keine statistisch erhärteten Ansprüche, keine erhöhten katholischen Anstrengungen («Nun gründen sie wieder...!» — davor warnt Dr. Josef Duß) gefordert. Erlinghagen betont, daß die Schlüsselstellung in diesem Umorientierungsprozeß der Theologie zukomme. Eine «Theologie der irdischen Wirklichkeiten» muß sich von der weitgehend negativen Bewertung der Welt abwenden und «in die Besinnung auf den Glauben das Diesseits mit seinen Wirklichkeiten, seinen Fragen und seinen Rätseln

mit in ihr Bemühen auch dann ehrlich einbeziehen, wenn handliche Lösungen für den Alltagsgebrauch der Verkündigung zunächst nicht gegeben werden können. Eine Umschau in der modernen theologischen Literatur zeigt, daß man auf diesem Wege bereits mutige Schritte gegangen ist». Er führt Karl Rahner an und läßt dann den entscheidenden Satz folgen: «In der theologischen Spitze ist das Ghetto gesprengt und die Furcht vor radikalen Fragen geschwunden.» Wo aber bleibt die notwendige und schwierige Übersetzungsarbeit, die den Laien in seiner Sprache über diese Entwicklungen informiert und glaubhaft klarmachen würde, daß dem Aufbruch an der Spitze auch die Entsprechung nach unten folgen müßte? Hier öffnet sich für den schweizerischen Katholizismus in allen seinen Erscheinungsformen ein weites Feld ungenützter Möglichkeiten: nach einer Phase der Adaption müßte eine grundsätzliche Bereitschaft sichtbar werden, sich Fragen zu stellen, die bis heute in Reservaten um ihrer selbst willen gehütet wurden.

Vor diesem geistigen Hintergrund erhält das Stichwort vom «katholischen Bildungsdefizit» seine eigentliche Bedeutung für den gegenwärtigen Zustand des schweizerischen Katholizismus — als Aufforderung zu einem neuen Selbstverständnis nämlich und nicht als Kalkül hintergründiger Ansprüche. Für dieses erste Anzeichen eines «aggiornamentos» ist der «Civitas» und ihren Mitarbeitern zu danken.

Carl Holenstein

¹Das «katholische Bildungsdefizit». Eine Umfrage, in: «Civitas», Nr. 6/7, April 1965.

²Karl Erlinghagen SJ: Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland, Herder-Bücherei Nr. 195, Freiburg i. Br. 1965.